



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/2403, 17/3231

Bedrohung für Bildung und Schule durch transatlantisches Freihandelsabkommen – Keine Ökonomisierung und Kommerzialisierung der Bildung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und ggf. weiteren fachlich zuständigen Ausschüssen auf Basis der Inhalte der Leitlinien für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zu berichten,

- inwieweit sie Spielräume der Verhandlungsführer sieht, den Bildungssektor in Form einer Marktöffnung für private amerikanische Bildungsanbieter zugänglich zu machen,
- inwieweit auf Basis des zu verhandelnden Investitionsschutzes eine Einschränkung des staatlichen Einflusses im Bildungsbereich folgen könnte und
- ob die Staatsregierung im Falle der notwendig werdenden Ratifizierung im Bundesrat das Freihandelsabkommen ablehnen würde, sollten hierdurch Einschränkungen staatlicher Steuerungs- und Kontrollmechanismen im Bildungsbereich möglich werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident